

Resolution des Rates der Stadt Gladbeck –

Solidarität mit der Ukraine

Mit großer Sorge betrachtet der Rat der Stadt Gladbeck die aktuelle Entwicklung in der Ukraine. Am 24. Februar sind russische Truppen in die Ukraine einmarschiert. Der russische Präsident hat damit das Völkerrecht gebrochen und die europäische Friedensordnung missachtet. Diesen nun seit sechs Wochen andauernden Krieg verurteilt der Rat auf das Schärfste und fordert dessen sofortige Beendigung und den Abzug aller Truppen. Die Angriffe auf die Zivilbevölkerung, auf Wohnviertel, Schulen und Krankenhäusern, sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit und unentschuldigbar. Den Menschen in der Ukraine gilt unser größtes Mitgefühl. Jeder, allen voran die Kinder, sollten in Frieden und nicht in Krieg, Leid und Zerstörung aufwachsen.

Dieser von der russischen Regierung begonnene Krieg ist ein Angriff auf die freiheitlich-demokratische Werteordnung und die Menschenrechte. Wir anerkennen das uneingeschränkte Recht der Menschen in der Ukraine auf Freiheit und Selbstbestimmung sowie die territoriale Integrität ihres Staates. Daher unterstützen wir alle Anstrengungen und Sanktionen, die zu einer Beendigung der Kriegshandlungen und der Invasion führen können. Gleichzeitig versichern wir der ukrainischen Bevölkerung unsere volle Solidarität und Unterstützung und begrüßen alle Maßnahmen, die den Menschen eine ausreichende Versorgung, sichere Fluchtwege und eine gute Bleibe ermöglichen. Als sichtbares Zeichen dieser Solidarität wird das Gladbecker Rathaus bis auf weiteres in den ukrainischen Landesfarben angestrahlt und die ukrainische Flagge gehisst bleiben. Unsere Solidarität gilt außerdem den mutigen Menschen in Russland, die gegen den Krieg demonstrieren.

Die Stadt Gladbeck steht für Solidarität, Respekt und Offenheit. Ziel ist es, flüchtenden Menschen Schutz und ein Zuhause auf Zeit anzubieten. Gladbeck ist ein sicherer Hafen, in dem Menschen in Not gut aufgenommen werden. In Krisensituationen halten die Gladbecker:innen zusammen. Das ehrenamtliche Engagement und die Hilfsbereitschaft der Bürger:innen ist noch immer überwältigend hoch. Der Rat spricht allen Helfer:innen in ganz Deutschland und vor Ort in der Ukraine, aber auch insbesondere den Aktiven in Gladbeck tiefen Dank und Respekt aus.

Die Politik, die Verwaltung und die Stadtgesellschaft werden weiter gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um Geflüchteten das Ankommen zu erleichtern und ihnen ein Zuhause zu bieten. Um dabei die finanzielle Handlungsfähigkeit der Städte zu erhalten, muss aber zwingend eine Erstattung der finanziellen und organisatorischen Lasten durch Bund und Länder erfolgen. Damit sichern wir den gesellschaftlichen Frieden und ein gutes Zusammenleben aller in unserer Stadt.